

Martin Langebach / Cornelia Habisch (Hrsg.)
Zäsur?

Schriftenreihe Band 1640

Martin Langebach / Cornelia Habisch (Hrsg.)

Zäsur? Politische Bildung nach dem NSU

Bonn 2015

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Projektkoordination: Martin Langebach, Bonn

Redaktion: Martin Langebach, Bonn / Cornelia Habisch, Magdeburg

Lektorat: Eik Welker, Münster

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Umschlaggestaltung und Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf

Umschlagfoto: © Mark Mühlhaus, attenzione photographers. Das Foto zeigt jenen Garagenkomplex in Jena-Lobeda, in dem auch Beate Zschäpe einen Verschlag angemietet hatte. Bei einer Durchsuchung am 26. Januar 1998 fand die Polizei darin Rohrbomben und Sprengstoff. Noch am selben Tag tauchten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe unter.

Druck und Bindung: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH und Co. KG, Frankfurt/Main

ISBN: 978-3-8389-0640-9

www.bpb.de

Inhalt

HANNE WURZEL Vorwort	9
CORNELIA HABISCH Vorwort	13
MARTIN LANGEBACH Einleitung	17
EVA HÖGL Die Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« und seine Empfehlungen	26
BARBARA JOHN ... unbürokratisch Hilfe leisten und Aufklärung fordern	33
ANDREAS FESER UND HEIKE KLEFFNER Folgerungen und Fragen für die politische Bildung aus dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundes	40
KLAUS AHLHEIM Fremdenfeindliche Vorurteile als Thema der politischen Bildung	56
GUDRUN HEINRICH Politische Bildung unbeeindruckt? Der NSU als Heraus- forderung für die formale politische Bildung	65
ULRICH BALLHAUSEN Zäsur? Politische Bildung nach dem NSU – Anmerkungen aus kritischer Perspektive	75

HELLE BECKER	
Mehr Mut! Politische Bildung im Vorhof des Rechts- extremismus	86
THOMAS KRÜGER, MAREN BRANDENBURGER, UWE BACKES UND ROLAND ROTH	
Verfassungsschutz durch politische Bildung? Ein Streitgespräch	
Moderation: Andreas Speit	95
LUTZ HEINKE	
Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus – eine Herausforderung an die Erwachsenenbildung	115
RENATE BONOW	
Eine schulische Präventionsagentur gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit	124
BERNHARD FREVEL UND MICHAEL STURM	
Polizei als Zielgruppe politischer Bildung	131
ROBERT KUSCHE UND ANDREA HÜBLER	
Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt nach dem NSU	145
MIRJAM GLÄSER, DIRK WILKING UND ANGELA BUNGE	
Kommunale Wahrnehmung von Rechtsextremismus – was tun, wenn ein Problem verleugnet wird?	156
MARTIN SCHNEIDER UND ROY RIETENTIDT	
Queere Bildung – ein Präventionsansatz	168
MAREN WÜRFEL, JOHANNES BALDAUF UND SEBASTIAN DREFAHL	
Countering Cyberhate – Präventionsansätze in Sozialen Medien	176
ELIAS STEGER, ECKHARD SCHIMANSKY UND JANINA BAUKE	
»Dicke Bretter bohren!« Wege und Zugänge für die Basisarbeit	187

TITUS SIMON

Von wegen »Glatzenpflege« – die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen 197

REINHARD KOCH UND STEFAN SAß

Erfolgreich aussteigen – Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit mit Ausstiegswilligen 208

KONSTANTIN KÜSPERT, KUTLU YURTSEVEN, RAINER GRIESBAUM
UND ASIYE ÖZTÜRK

»Rechtsmaterial« und »Die Lücke« – der NSU auf der Bühne.
Eine Diskussion 219
Moderation: Britta Schellenberg

Autorinnen und Autoren 236

Vorwort

Im November 2011 wurde die Öffentlichkeit erstmals mit dem selbst ernannten »Nationalsozialistischen Untergrund« konfrontiert. Seitdem beschäftigt dieser Untersuchungsausschüsse, Staatsanwälte und Gerichte, Presse und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich um Aufklärung bemühen – kaum jedoch die politische Bildung. Was sollte das Thema auch unsere Profession angehen? Die Verkürzung ausschließlich auf die Morde, Anschläge und auf die ausgebildeten terroristischen Strukturen führt zwangsläufig zu einem Achselzucken – ein Problem der Sicherheitsbehörden, keineswegs eine Herausforderung für die politische Bildung. Doch der »NSU-Komplex« umfasst mehr. Er ist aus dem Rechtsextremismus der 1990er-Jahre hervorgegangen. Die Akteure, die der sogenannten Zwickauer Zelle zugerechnet werden, und jene, die als mutmaßliche Helfer und Unterstützer gelten, sind bereits in jungen Jahren radikalisiert worden – über ein rechtsextremes subkulturelles Milieu. Ihre Biografieverläufe zeigen, wo Interventionsmöglichkeiten bestanden hätten – in den Familien, über Hilfen zur Erziehung, in der Schule, über Sport(vereine), Jugendarbeit und später über Bewährungshelfer und Sozialarbeit.

Der Blick auf die Opfer des NSU hingegen zeigt, dass das leitende Motiv für seinen Terror Rassismus war. Neun der zehn von den Terroristen erschossenen Menschen – Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kiliç, Mehmet Turgut, Ismail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat – waren Einwanderer der ersten und zweiten Generation. Sie gingen alle einer Beschäftigung nach, einige als erfolgreiche Kleinunternehmer, die sich unter großem Arbeitseinsatz eine eigene Existenz aufgebaut hatten. Aus der Mordserie sticht in Bezug auf das Motiv einzig der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter hervor. Bis heute ist ungeklärt, warum sie sterben musste.

Einwanderern galt im Übrigen auch der Anschlag auf einen kleinen Lebensmittelladen in der Kölner Probsteigasse 2001. Der Anschlag auf die Kölner Keupstraße drei Jahre später richtete sich indes nicht gegen einen konkreten Gewerbetreibenden, er sollte die Straße als solche treffen. Sie

war und ist weit über die Stadt hinaus ein Symbol: Viele kleine, von Einwanderern gegründete Läden – Lebensmittel- und Bekleidungsgeschäfte, Restaurants, Friseure – prägen das Bild der Keupstraße, in der »neue Deutsche« neben »alten« Tür an Tür leben. Getreu ihrem Motto, »Taten statt Worte«, versuchte die sogenannte Zwickauer Zelle, Einwanderer aus Südeuropa, ihre Familien, Freunde und Communities zu treffen. Sie waren die Einzigen, die die Botschaft erahnten und früh davon sprachen, dass nur Rassismus als Motiv infrage komme.

Diese Hintergründe führen die gesellschaftliche Dimension des NSU-Komplexes vor Augen. Ausführlich und in aller Breite wurde in der Öffentlichkeit und in den Untersuchungsausschüssen des Bundes und in einigen Ländern über die Ermittlungsfehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden diskutiert. Doch immer nur darauf zu verweisen, ist wohlfeil. Auch die Presse und die Wissenschaft entwickelte keine eigenen Theorien. Und aus der Zivilgesellschaft kamen keine Reaktionen, als im Frühjahr 2006 rund zweitausend Menschen, vorwiegend türkisch-deutsche Familien und die Angehörigen der Opfer, in Kassel unter dem Motto »Kein 10. Opfer« demonstrierten.

Diese verschiedenen Ebenen beziehungsweise Zugänge zum NSU-Komplex zeigen vielfältige Anknüpfungspunkte für die politische Bildung – denen sich die Profession aber bisher kaum stellt.

Die Bundeszentrale für politische Bildung setzt sich seit vielen Jahren mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander. Sie entwickelte eigene Informationsformate und Konzepte und förderte entsprechende Vorhaben von Trägern der politischen Bildung sowie von engagierten Vereinen und Initiativen. Doch auch uns überraschten, trotz dieses breiten Engagements, die Entdeckung des NSU und der damit offenbarte Rechtsterrorismus. Intensiv begannen wir, die öffentlichen Diskussionen zu verfolgen, analysierten die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses auf Bundesebene und der Ausschüsse der Länder, machten uns ein Bild vom Prozess gegen das mutmaßliche Mitglied der NSU-Terrorzelle Beate Zschäpe sowie gegen die vier mutmaßlichen Unterstützer in München und besuchten Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Theaterinszenierungen zur Thematik.

Daraus erwuchs der Wunsch, eine Fachtagung zu konzipieren, die die rassistische Mord- und Anschlagsserie des Terrors von Rechts zum Anlass nimmt, die Arbeit der politischen Bildung in diesem Feld zu reflektieren. Der Titel der Veranstaltung, die wir gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt Anfang November 2014 in Magdeburg durchführten, lautete: »Zäsur? Politische Bildung nach dem NSU« – so wie auch der Titel des vorliegenden Sammelbands. Bewusst als Frage und damit als offener Prozess formuliert, skizzierten Politikerinnen, poli-

tische Bildner und Bildnerinnen und in zivilgesellschaftlichen Initiativen aktive Menschen ihre Perspektiven zur Thematik. Unser Wunsch war und ist es, eine Diskussion anzustoßen. Die Fachtagung erachte ich dabei nur als ersten Schritt eines solchen Reflexionsprozesses, den wir mit dem vorliegenden Sammelband für eine breitere interessierte Öffentlichkeit öffnen möchten.

Die Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet selbst oder in Kooperation dutzende Veranstaltungen jährlich und fördert noch einmal deutlich mehr an solchen, die von unterschiedlichen Trägern realisiert werden. Von Tagungsdokumentationen im Rahmen unserer Schriftenreihe wurde indes vor langer Zeit schon Abstand genommen, zu groß war der damit verbundene Aufwand, und mitunter ist das Interesse an den Themen nicht so stark wie erhofft. Insofern ist dieses Buch eine Ausnahme und unterstreicht damit den Stellenwert, den die Diskussion um die politische Bildung nach dem NSU für uns hat.

Meines Erachtens deutet es sich vor dem Hintergrund der Beiträge und Diskussionen in Magdeburg an, dass wir als politische Bildnerinnen und Bildner unsere Rollen überdenken sollten. Es gilt, neue Zielgruppen zu erschließen, unsere Perspektive auf das Thema zu weiten (vor allem durch die Integration der Perspektive Betroffener) und neue Formate zu entwickeln. Förderlich wäre es dabei auch, stärker in einen interdisziplinären Austausch mit anderen Professionen zu treten – nicht nur mit Wissenschaft, sondern auch mit Sozialer Arbeit. Gerade hier liegen Expertisen brach – hinsichtlich Zugängen, Zielgruppen und Bedarfen politischer Bildung.

Oft setzt politische Bildung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor allem darauf, Wissen zu vermitteln. Doch es braucht auch eine Haltung, eine Positionierung. Ein Einstehen für die eigenen Werte, für ein plurales, friedliches gesellschaftliches Miteinander. Politische Bildung setzt darauf, Menschen für Politik zu interessieren, es ihnen zu ermöglichen, sich eine Meinung zu bilden, und sie zu befähigen, gemeinsam in der Diskussion auszuhandeln, wie unsere Demokratie gestaltet werden soll. Dafür aber braucht es, wie gesagt, Menschen mit klarer Haltung, die damit auch Reibungsfläche bieten – gleichwohl aber vorleben, dass Demokratie nicht gleichbedeutend mit einem alle Widersprüche nivellierenden Konsens ist, sondern ein fortwährender Aushandlungsprozess darüber, wie wir leben wollen. Wir alle, miteinander.